3. JUL 1920

Vereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 27 | Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis 3 Mk. pro Quartal. Redaktion und Expedition: Hamburg 25, Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Norderley 9244. | Hamburg, den 3. Juli 1920 | Anzeigen kosten die sechsgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 1,50 Mk. (Der Betrag ist stets vorher einzusenden.) Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile. | 34. Jahrg.

Weitere Lohnverhandlungen im Malergewerbe.

Bei den letzten allgemeinen Lohnverhandlungen am 8. Juni in Berlin, worüber wir in Nr. 25 des „Vereins-Anzeigers" berichteten, wurde vereinbart, daß am 25. dieses Monats, am letzten Tage des seit 30. April geltenden Lohnabkommens, erneut über die Festsetzung neuer Löhne verhandelt werden sollte. Das ist nunmehr, wieder unter Vorsitz des Herrn Regierungsrats Bähler, vom Reichsarbeitsministerium geschehen.

Wir können in dieser Nummer vorläufig nur ganz kurz über das Ergebnis der fünfstündigen Verhandlungen berichten. Darum teilen wir zunächst die getroffene Vereinbarung über die weitere Behandlung der Lohnfrage mit. Diese lautet wie folgt:

Die Vertreter der Parteien sind darüber einig, daß das Lohnabkommen vom 30. April (8. Mai) 1920 im allgemeinen weiter gelten soll. Bei vorliegenden Anträgen auf anderweitige Lohnfestsetzung haben die Parteien durch örtliche, bezirkliche oder Gauverhandlungen in eine Nachprüfung der Löhne bis spätestens 31. Juli 1920 einzutreten.

Kommt eine Einigung bei diesen Verhandlungen nicht zustande, so entscheidet über diese Streitfälle das Haupttarifamt gemäß § 13 Ziffer 8 des Tarifvertrages.

Ueber den Zeitpunkt des Zusammentritts des Haupttarifamtes werden die Vorstände der Vertragsparteien sich verständigen.

Im Anschluß hieran wurde auf unsern Antrag über die Frage der Urlaubsgewährung gemäß § 8 des Reichstarifvertrages beraten, nach dem über diese Angelegenheit beim Ablauf des letzten Lohnabkommens verhandelt werden sollte. Nach längerer Aussprache kam hierzu folgender Beschluß zustande:

Die Parteien einigen sich dahin, nach im Laufe dieses Jahres in Verhandlungen über die Frage der Urlaubsgewährung einzutreten, wobei der Ausgang der Verhandlungen in dieser Sache im Baugewerbe zu berücksichtigen ist.

Ferner wurde festgestellt, daß die Lohnabkommen vom 30. April und 8. Juni Ergänzungen des Reichstarifvertrages beziehungsweise des Lohnabkommens vom 9. Februar dieses Jahres sind.

Am 21. Juni ist inzwischen auch für Bayern in Regensburg verhandelt worden. Hier knüpften die Arbeitgeber die restlose Durchführung des Lohnabkommens vom 30. April beziehungsweise 8. Juni an gewisse Bedingungen. Darauf gingen wir natürlich nicht ein, so daß die Verhandlungen abgebrochen wurden.

In Rheinland-Westfalen wurde, nachdem vereinzelt Arbeitsniederlegungen erfolgt waren und weiter auszubrechen drohten, am 22. Juni vor einem besonders gebildeten Schiedsgericht unter Vorsitz des Herrn Dr. Hüttner, Essen, verhandelt und folgender Schiedsspruch gefällt:

Es wird auf die jetzt bestehenden Lohnsätze eine Lohnerhöhung von 50 ₰ pro Stunde gewährt, zahlbar bei der nächsten Löhnung. Die jetzt festgelegten Löhne unterliegen einer monatigen Kündigung, die zum ersten Male am 1. August zum 1. September dieses Jahres zulässig ist.

Wir berichten im nächsten „Vereinsanzeiger" ausführlich über die gepflogenen Verhandlungen und über die hierdurch geschaffene Situation.

Vom Mindestbedarf.

Mit regem Eifer wird jetzt vielfach das sogenannte Existenzminimum (Mindestbedarf) besprochen. Nur einige Ueberschriften sollen angedeutet werden: Welches Existenzminimum ist für einen Mann zu fordern? Die gleitende Lohnskala. Ein Versuch mit gleitenden Löhnen. Lohnmark, Gehaltsmark, Notmark. Indexziffern zur Förderung des Wirtschaftsfriedens. Neue Wege der Tarifpolitik. Die Kosten des Lebensmittelbedarfs. Alle diese Arbeiten sollen zeigen, wie die Kosten für die Lebenshaltung am besten zu ermitteln seien und welcher Aufwand nötig ist, um den Mindestbedarf eines Mannes oder einer Familie zu befriedigen.

Die Arbeiten über die Berechnung des Mindestbedarfs sind in der Hauptsache dreierlei Art: der ältere und einfachere Weg ist, die Ausgaben einzelner Haushalte aufzuzeichnen und sie mit andern zu vergleichen. Die größte Erhebung dieser Art ist die des Statistischen Amtes des Deutschen Reiches vom Jahre 1909. Sie umfaßte 852 Aufzeichnungen minderbemittelter Familien im Reiche. Das Ergebnis dieser Untersuchung war, daß im Durchschnitt 45,5 v. H. für Nahrungsmittel, 12,6 v. H. für Kleidung, Wäsche, Reinigung, 18 v. H. für Wohnung und Haushalt, 4,1 v. H. für Heizung und Beleuchtung und 19,8 v. H. der Ausgaben für Sonstiges ausgegeben wurde. Die Einkommen unter 1200 M. geben 54,2 v. H. und die Einkommen über 5000 M. nur 30,3 v. H. für Nahrungsmittel aus. Groß ist auch der Unterschied in den Ausgaben für Wohnung und Haushalt. Die mit einem Einkommen unter 1200 M. geben dafür 20 v. H. und die mit einem Einkommen über 5000 M. nur 14,9 v. H. aus. Daraus haben die Statistiker den Schluß gezogen: Je geringer das Einkommen, desto höher die Ausgaben für Nahrungsmittel und Miete. Aehnliche Ergebnisse wurden auch durch Erhebungen des deutschen Metallarbeiterverbandes festgestellt.

Bei diesen Erhebungen wurde festgestellt, was tatsächlich für die einzelnen Bedürfnisse ausgegeben wurde. So lehrreich auch diese Feststellungen sind, wir erfahren aber durch sie nicht, ob der für Nahrungsmittel ausgegebene Anteil genügend war. Das sucht man durch andere Berechnungen herauszubekommen. Ein anerkannter Forscher auf diesem Gebiet, Dr. Max Rubner, schließt sich im allgemeinen den Forderungen von Voit an. Danach braucht ein wohlgenährter, kräftiger Mann von 70 kg bei neun- bis zehnstündiger kräftiger Muskelleistung: 118 g Eiweiß, 56 g Fett und 500 Kohlenhydrate. Dagegen sind mancherlei Einwände erhoben worden. Rubner bemerkt dazu, daß nicht die Zahlen 118, 56 und 500 für jedermann gefordert werden, sondern für einen kräftigen Mann mit 70 kg Gewicht und neun- bis zehnstündiger Arbeitszeit. Im gesamten fordert Rubner etwa 3000 Kalorien (Kalorie ist die Einheit der Wärmemenge, die erforderlich ist, um 1 g Wasser um 1° C zu erwärmen). „Flügge hält 2400 Kalorien für eine durchschnittliche Größe und bei durchschnittlicher Arbeit für genügend. Dazu reichten nach seiner Meinung 80 g Eiweiß, 50 g Fett und 400 Kohlenhydrate aus.

Wäre die Sache nun so einfach, daß man berechnen könnte, was 1 g Eiweiß, 1 g Fett und 1 g Kohlenhydrate kostet, dann hätte man bald heraus, welches die Kosten für den Mindestbedarf eines erwachsenen Menschen im Durchschnitt sind. Es ist aber ein Unterschied, ob jetzt jemand Fleisch, Eier, Fett, Oel, Kartoffel, Bohnen, Erbsen, Reis oder ähnliche Nährmittel einkauft. Die Preise sind nicht nach dem Eiweißgehalt, dem Fettgehalt und dem Kohlenhydratgehalt abgestuft. Der Verbraucher aber sollte die Nährmittel kaufen, die ihm das Nötige an Wärmeeinheiten geben, die dabei aber möglichst billig sind. So wurden zum Beispiel in Solingen die Haushaltungskosten für eine vierköpfige Familie für die Woche auf 240 M. angegeben. Darunter waren ½ l Oel für 8,75 M., eine Büchse Milch für 10 M., 2 Eier für 4 M., ½ ℔ Kaffee für 7 M.; ein Kritiker bemerkt dazu, daß sich eine ausreichende Ernährung mit billigeren Mitteln hätte erreichen lassen. Dr. Seiter und Dr. Ergang berechnen den Nahrungsmittelbedarf für eine vierköpfige Familie (Mann, Frau und 2 Kinder unter 14 Jahren) für Königsberg auf 4554 M., den Bedarf für die gesamten Haushaltungskosten auf 9108 M.

Auf den Grundlagen von Dr. Rubner berechnete Dr. Silbergleit den Mindestbedarf für eine Person. Dafür mußten vom 15. Juli bis 15. August in der Woche 26,55 M., im November aber schon 52,31 M. ausgegeben werden. Das würde für das Jahr ungefähr 2700 M. ausmachen. Im Anfang des Jahres 1920 waren die Preise wieder erheblich angestiegen (etwas über 2 M. die Woche). Bei diesen Berechnungen wurden Zwangspreise, die Preise im freien Handel und im nichtöffentlichen Verkauf zugrunde gelegt.

Die dritte Art der Feststellung des Mindestbedarfs geht von den Warenpreisen aus. Das Lohn- und Arbeitsamt der Stadt Flensburg suchte die Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenzubringen. Zu diesem Zweck arbeitete es die Unterlagen für allgemeine Lohnvereinbarungen aus. Es stellte fest, daß in 12 Gewerbegruppen die Stundenlöhne der gelernten Arbeiter am 1. Oktober 1919 durchschnittlich 2,28 M. betragen hatten und daß sie am 1. Januar 1920 durchschnittlich 2,75 M. ausmachten (Steigerung 52 ₰ oder 23 v. H.).

Demgegenüber ergab eine Zusammenstellung, daß die Ausgaben einer Person für die Woche am 1. Oktober 1919: 35,16 M. und am 1. Januar 1920: 42,39 M. betrugen. Die Familienangehörigen ließ man außer der Rechnung. Man verglich einfach die Steigerung des Lohnes einer Person mit der Steigerung des Preises für den Bedarf einer Woche. Da zeigte sich, daß die Löhne um 23 v. H. und die Ausgaben um 20 v. H. gestiegen sind. Das Lohn- und Arbeitsamt ließ dem Arbeitgeberverband und dem Gewerkschaftskartell die ermittelten Berechnungen zugehen und schlug ihnen vor, eine Vereinbarung für sämtliche Gewerke zu treffen, nach der die Löhne von Monat zu Monat in demselben Maße erhöht oder ermäßigt werden sollten, in dem die Kosten des Normalbedarfs gestiegen oder gefallen seien. Dabei soll die Erhöhung oder Ermäßigung nicht allgemein im gleichen Prozentsatz erfolgen, weil dies eine Benachteiligung der am geringsten bezahlten Arbeitergruppen bedeuten würde, sondern bei allen Lohngruppen um den gleichen Betrag, nämlich um einen Prozentsatz des oben ermittelten Durchschnittslohnes von 2,75 M. „Wenn die Kosten des Lebensbedarfs am 1. Februar gegenüber denen am 1. Januar 1920 um 10 % steigen würden, so sollten sämtliche gewerblichen Arbeiterlöhne am 1. Februar um 10 % von 2,75 M., also um 27½ ₰ erhöht werden." Die beteiligten Verbände stimmten dem Vorschlag zu.

Nach den Angaben von Dr. Karding sei der Wert dieses Abkommens darin zu sehen, daß die Steigerung oder Senkung der Kosten der Lebenshaltung (also der Teuerung) weiterhin als Anlaß zu Lohnforderungen und Lohnkämpfen ausscheidet. Das bedeute natürlich nicht, daß die Lohnkämpfe überhaupt aufhören werden. Einzelne Gewerke würden auch später ihre Lage gegenüber andern verbessern wollen. „Aber der Hauptgrund für die erbitterten Lohnkämpfe der letzten Zeit, die Teuerung, ist weiterhin als Kampfmittel beseitigt." Das ist möglich, aber nicht sicher. Solange sich die beiden Parteien an der Vereinbarung halten, wird der steigenden Preise wegen kein Streik geführt; das ist schon ein gewisser Gewinn für die Volkswirtschaft.

Durch eine Aenderung des Geldwesens hofft Dr. Reibnitz die Arbeitsfreudigkeit und Arbeitstüchtigkeit zu heben. Er verlangt, daß ein besonderes Geld, die Lohn- und Gehaltsmark, geschaffen werde. Sie soll anders auf dem Lande als in der Stadt und anders in den Städten unter 10 000 Einwohnern als in den Städten über 10 000 Einwohner sein; denn die Kaufkraft sei in den verschiedenen Größenklassen ganz verschieden. Die am 1. Januar 1920 gezahlten Löhne und Gehälter sollen den Ausgangspunkt bilden. „Sie werden als Lohn- und Gehaltsmark bezeichnet, während der allmonatlich vom Staatsrat festzusetzende Prozentsatz Notmark genannt wird." Wenn sich zum Beispiel für den Monat Mai ergibt, daß für Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung und andere wichtige Bedarfsgüter die Preise auf dem Lande um 0,20, in den Städten unter 10 000 Einwohnern um 0,27 und in den Städten über 10 000 Einwohner um 0,30 gestiegen sind, so wären dafür entsprechende Notmarken auszugeben.

Es müßte danach zu der Lohn- und Gehaltsmark (nach dem Stand vom 1. Januar 1920) noch eine Notmark geschaffen werden. Sachgemäß angewandt würde die Notmark etwa das sein, was Karding als prozentualen Zuschlag verlangt, wenn die dringendsten Bedarfsgüter im Preise steigen. Steigen diese Preise nicht, dann brauchen keine Notmarken ausgegeben werden. Dr. Reibnitz verspricht sich von der Verwirklichung seines Vorschlags: eine Hebung der Gütererzeugung, bessere und größere Arbeitsleistungen bei den Angestellten und Beamten. Aber auch dem Arbeitgeber nehmen sie die dauernde Besorgnis vor Lohnkämpfen und Streiks und schaffen ihm die Möglichkeit einer verhältnismäßig beständigen und sicheren Preisberechnung, und für Tarifabschlüsse gebe sie eine größere Sicherheit der Grundlagen, auf die sie aufgebaut werden. Auch in diesen Dingen solle man nach dem Satze handeln: Zu Staatsgeschäften brauche

man weder Vorurteile, noch Leidenschaften; die einzige, die man haben dürfe, sei die Liebe zum allgemeinen Besten.

Demselben Ziele sollen die Index- (oder Meß-)ziffern dienen. Eine bestimmte Zeit wird dabei gleich 100 angenommen. Die Preise für die wichtigsten Bedarfsgüter werden dann in bestimmten Zeiträumen (monatlich oder vierteljährlich) berechnet. Wenn am 1. Januar 1920 die Meßziffer 100 war und am 1. März auf 180 gestiegen ist, so ist die neue Meßziffer 180. Danach sollen dann Löhne und Gehälter berechnet werden. Es wird dabei ein Grundlohn oder Grundgehalt für den 1. Januar 1920 angenommen, und zu diesem Grundlohn oder Grundgehalt kommt dann ein entsprechender Zuschlag, ähnlich wie ihn Karding vorgeschlagen hat oder der Notmark von Dr. Reibnitz ähnlich. Auf die Art der Erhebung und Berechnung kann in diesem Zusammenhang nicht näher eingegangen werden. Nur kurz mag hervorgehoben werden, daß ein großer Stab von gewissenhaften und geschulten Mitarbeitern nötig ist, um einigermaßen zuverlässige Angaben zu erhalten. Jedenfalls: nach den Vorschlägen von verschiedenen Seiten sollen ja nach der Höhe der Meßziffern (die den jeweiligen Gesamtstand der Preise für die wichtigsten Bedarfsgüter angeben) die Löhne steigen oder sinken. Dieses Steigen oder Sinken (eigentlich soll es gar kein Sinken sein, denn mit den Meßziffern soll ein einmal erreichter Stand der Lebenshaltung festgehalten werden) soll den Vereinbarungen entsprechend ganz von selbst eintreten, ohne daß die Arbeitnehmer es besonders fordern.

Eine besondere Stellung zu diesen Fragen nimmt der bekannte Staatsanwalt Zeiler in Zweibrücken ein. Zeiler ist kein Neuling auf diesem Gebiet, was er zu sagen hat, ist sehr der Beachtung wert. Er fußt darauf, daß die Kaufkraft des Geldes durchweg sinkt und im Gegensatz dazu, die Lebenshaltungshöhe der Volksgenossen aufwärts strebe. Das sei ein Verhängnis, und daraus entständen für die meisten Volksangehörigen schädliche Wirkungen. Dieser Einwirkung könnten aber nicht alle in gleich hohem Maße entgegenarbeiten. Daraus sei der Gedanke entstanden, daß die Gehälter jeweils nach der durchschnittlichen Wirtschaftslage der Volksgenossen bestimmt würden. Zeiler ist von seinem ursprünglichen Gedanken, die Gehälter den durchschnittlichen Warenpreisen anzupassen, im Laufe der letzten Jahre abgekommen. Er glaubt, daß eine Besserung nur möglich sei, wenn alle wirtschaftlichen Rechte und Forderungen nach dem Stand der jeweiligen Wirtschaftslage eingerichtet würden. So zum Beispiel Zinsverpflichtungen, Miet- und Pachtverträge, Steuerverpflichtungen und dergleichen. Dafür ein Beispiel: Wer im Jahre 1910 ein Darlehen von 20 000 M. auf 10 Jahre gegeben hat, der würde nicht, wie bei der heutigen Rechtslage, 20 000 M. und damit eine sehr große Einbuße an wirtschaftlicher Kraft erleiden, sondern er erhielte vielleicht 25 000 M. zurück. Kurz, er bekäme das zurück, was der tatsächlichen Wirtschaftslage entspräche.

Die Befürworter der Anpassung der Löhne und Gehälter an die Warenpreise (durch prozentualen Zuschlag, durch Notmarken und entsprechend den gestiegenen Meßziffern) wissen, daß sich gegen ihre Auffassungen manches sagen läßt. Sie glauben aber trotz alledem, daß die Vorteile die Nachteile sehr überwiegen, und nur das könne ausschlaggebend sein. Immerhin: Gehört müssen auch die werden, die sachlich etwas dagegen zu sagen wissen. Viele haben sich da zum Worte gemeldet. Einige bemerkenswerte Aeußerungen mögen herausgehoben sein. Professor Prion führte unter anderm etwa aus, daß die hohen Preise doch nicht etwa ein Versehen in der Volkswirtschaft seien, daß einfach durch Heraufsetzen der Einkommen die Kaufkraft der Einzelwirtschaften verbessert werden könnte. Die hohen Preise seien auf die verringerten Warenmengen und auf die gesteigerte Preiskraft des größeren Teils der Einzelwirtschaften zurückzuführen. Unser Kredit im Auslande gehe der Neige zu und unser Papiergeld sei da fast wertlos. Mangel an Waren, besonders an Lebensmitteln, kennzeichne unsere Lage. Deshalb könne jeder nur ein Weniges an Gütern erhalten. Die Preissteigerung könne nur aufgehalten werden, wenn entweder weniger gekauft oder mehr produziert werde. „Wird aber nur das Einkommen den steigenden Preisen angepaßt, so wird die Kaufkraft der betreffenden Wirtschaften nicht gemildert und die Kaufkraft nicht verringert.“ Die Wirkung davon sei, daß zu höheren Preisen gekauft werde und daß die Preise von neuem den Gehaltszuschlägen vorauseilen. „Die Gehaltsmark ist also ein untaugliches Mittel zur Ueberwindung der Schwierigkeiten.“

In den Beratungen des Reichswirtschaftsministeriums sind diese Fragen ebenfalls besprochen worden. Professor Eberhard Gothein äußerte sich dazu ungefähr so: Die Indexziffern könnten nur für einen Teil der Arbeiter verwendet werden. Nicht nur die Landwirtschaft mit ihren Naturallöhnen müßten von der Indexberechnung ausgeschlossen werden, sondern zum Beispiel auch der Bergbau. Denn der Bergarbeiter habe für Wohnung nur selten, für Heizung nie zu sorgen, und mit Lebensmitteln werde er vorzugsweise beliefert. Der Geldlohn habe für ihn deshalb einen ganz andern Sinn als für den weniger günstig gestellten Arbeiter. Werde er aber trotzdem nach den Indexziffern bemessen, dann werde das erstrebenswerte Ziel: die Unterschiede der Löhne der einzelnen Arbeiterklassen besser als bisher auszugleichen, kaum erreicht werden.

Ganz im Gegensatz zu den hier bereits erörterten Ansichten ist Eberhard Gothein der Meinung, daß das gleitende Lohnsystem seine großen Nachteile habe. Es mache die Schwankungen zur Regel und verewige sie. Die Berechnung der Kosten und der Preise würde noch schwieriger als bisher, die Abwälzung des Risikos auf den Käufer nahezu unmöglich. Die eine Industrie würde gegen die andere benachteiligt, je mehr Arbeit in ihren Erzeugnissen stecke und je höher demgemäß der Anteil des Arbeitslohnes an den Gestehungskosten sei. Die beruflich und örtlich verschiedenen Ansprüche an die Lebenshaltung würden die Bemessung des Mindestbedarfs, der in dem Grundlohn sichergestellt werden müsse, aufs äußerste erschweren. Mit Hilfe der Meßziffern ließen sich Lohnerhöhungen zwar sehr leicht durchführen, die Arbeiter würden aber keineswegs ohne weiteres darauf eingehen, sich bei fallenden Meßziffern auf eine niedrigere Lohnstufe herabsetzen zu lassen. Aber, wenn auch die Ergebnisse der Meßziffern nicht ohne weiteres auf die Lohnbemessung zu übertragen seien, so führten sie doch eine größere Klarheit im Wirtschaftskampfe, eine größere Oeffentlichkeit der Preisbildung herbei und gäben der Lohnbewegung die sicheren Grundlagen, die ihr bisher noch fehlten. Wie Prion und alle Wirtschaftskundigen stellt auch Professor Gothein (nicht zu verwechseln mit dem Politiker Gothein) fest, daß die Meßziffern dem Barometer gleichten, der das Auf und Nieder der Warenpreise anzeige, daß sich aber die Grundlage der Lohnbemessung nicht ändern könne. „Die Lebenshaltung hängt von dem vorhandenen und verfügbaren Gütervorrat ab und ohne dessen Vermehrung bedeutet jede Lohnerhöhung nicht sowohl eine Anpassung an die Warenpreise als vielmehr eine augenblickliche Erhöhung der Nachfrage, die sich alsbald wieder in einer Steigerung der Preise äußert.“

Sooft man über diese Fragen schreibt, muß allemal schon des Zusammenhanges wegen darauf hingewiesen werden, daß die Rettung aus der Waren- und Lebensmittelnot niemals allein von besseren Zahlungsarten kommen kann. Unsere Ausführungen lassen erkennen, daß aus den vorgeschlagenen Arten der Lohn- und Gehaltszahlungen bessere und zweckmäßigere Grundlagen für die Lohn- und Gehaltsbemessungen geschaffen werden können. Ein Mehr an den wichtigsten Bedarfsgütern können wir aber nur erhalten; wenn wir alle zusammen mehr und wertvollere Güter als bisher herstellen. Der nötige Mindestbedarf kann nur geschaffen und gesichert werden, wenn der Boden fruchtbar gemacht wird, wenn ihm größere Erträge abgerungen werden und wenn in der Verwertung und Ausnützung aller Bedarfsgüter eine größere Wirtschaftlichkeit erzielt wird.

F. A. B.

Aufgaben und Ziele.

Es wird vielen nicht leicht, die augenblickliche aus den Wahlen hervorgegangene Lage in der Bedeutung für die Arbeiterklasse zu erfassen und die Auswirkung zu übersehen. Der Gedanke, daß eine bürgerlich-reaktionäre Regierung die Gewalt in die Hände bekommt, erschwert uns die Aussicht in eine freundliche Zukunft und vermehrt bei jedem Sozialisten die Sorge um die Errungenschaften der Revolution. Wir wollen uns aber trotzdem den Blick nicht trüben lassen, sondern weiterhin versuchen, unsere sozialistischen Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen.

Die Forderung des arbeitenden Volkes ist die Sozialisierung unserer Wirtschaft, doch wäre es falsch, den Sozialismus und die Sozialisierung als eine Machtfrage anzusehen, als einen Zwang, den eine Bevölkerungsschicht der andern kraft Revolutionsrecht auferlegt. Wir wollen anerkennen, daß der Kapitalismus uns eine wirtschaftliche Entwicklung und Vermehrung des Volksvermögens gebracht, aber der Verteilung dieses Vermögens im sozialen Sinne nicht entsprochen hat. Der Sozialismus will diese Aufgabe lösen und darin muß und soll seine Stärke liegen. — Gibt es heute eine Macht, die den Sozialismus ausschalten und ihn in den Rahmen einer ökonomischen Theorie oder einer philanthropischen Idee zurückwerfen könnte? — Jetzt ist die Zeit gekommen, wo wir zeigen müssen, daß der Sozialismus die befreiende Kraft besitzt, die ihm seine Jünger zuschreiben, er muß zeigen, daß er auch aufbauen und erhalten kann. Wer das will und verlangt, darf sich nicht in der Rolle eines unbeteiligten Zuschauers gefallen, der am Wege steht und ein interessantes Vorkommnis beobachtet, für dessen Ausgang er die Verantwortung ablehnt. Niemand darf sich der Pflicht entziehen, so schwer das vielen in einem Augenblick fallen mag, wo wir vor einem Wendepunkte der Politik stehen. Alle, die sozialistisch denken und fühlen, müssen die Voraussetzungen schaffen, die zum Aufbau wahren Völkerglücks nötig sind. Sozialismus ist doch nicht Phantasterei.

Marx, der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, denkt sich diesen Werdegang so, daß die ökonomische Verfassung der Gesellschaft das Fundament ist, auf dem alles politische, rechtliche und religiöse Leben sich entwickelt, und zwar durch den ökonomischen Unterbau. Es darf freilich nicht erwartet werden, daß mit der Sozialisierung der Produktionsmittel auch unmittelbar eine innere Umgestaltung im Leben unseres Volkes sich vollzieht. Diese Umwandlung wird erst dann einsetzen, wenn der soziale Gedanke vollkommen Herr über Gegensätze geworden ist. Je früher natürlich dieser Zeitpunkt eintritt, um so besser für das Volk.

Ueber die Aufgaben und Ziele müssen wir uns klar werden, wir müssen ein Ende machen dem kritiklosen Spiel mit Schlagworten, dem bequemen Verneinen und dem lauten Schreien. Wir müssen persönlichen Ehrgeiz rücksichtslos in und um uns bekämpfen, um der großen Sache willen, wir müssen ehrlichen Kampf führen und die Reinheit unserer Idee als ein Heiligtum in uns erhalten. Wir müssen den Männern und Frauen, die zu uns stehen, offen und ohne Phrase die volle Wahrheit sagen, dürfen nicht um vorübergehender Zustimmung willen ihren Instinkten schmeicheln. Es gilt vor allem, daran zu arbeiten, die Fähigkeit zur eigenen Urteilsbildung zu entwickeln; denn erst dann kann jeder, der ein Urteil aus eigener Ueberzeugung gewonnen, dasselbe richtig vertreten und wird bereit sein, dafür einzustehen.

Ein fester Wille muß in den Seelen geweckt werden; aber es gibt kein Mittel, ihn sicherer zu zerstören, als Versprechungen zu machen, die nicht erfüllt, und Hoffnungen zu erwecken, die in Blut und Elend begraben werden. Wem es Ernst ist mit der Liebe zu den Millionen seiner arbeitenden Volksgenossen, der scheut nichts mehr als das frivole Spiel mit ihrer Sehnsucht. Die volle Kraft unserer Mitkämpfer können wir nur dann sammeln, wenn wir ihnen die volle Schwere der Aufgabe weisen, zugleich mit unserer inneren Ueberzeugung von der Durchführbarkeit.

Also nicht Freude am Umsturz und an Unordnung kann es sein, was das Gedenken des Volkes an seine Revolution stets wach erhält und sein Gemüt in Erinnerung erhebt, sondern moralische Anteilnahme am bisherigen Erfolg.

Hermann Wilke.

Arbeiterorganisation und Presse.

Die Schwerindustrie (Deutsche Volks- oder Stinnespartei) schreitet jetzt zum Aufkauf von Zeitungen und Papierfabriken, um durch eine großzügig angelegte Verdummungsaktion die Volksmassen wieder an das alte kapitalistische System zu fesseln und der Ausbeutungsgier zu fröhnen. Wir müssen uns angesichts dieser Maßnahme nun einmal fragen: Was konnten wir erreichen, wenn die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Arbeiterbewegung gewahrt bliebe? Die Antwort kann gar nicht anders lauten: Es wäre eine glatte Unmöglichkeit, daß das Kapital und die Reaktion so frech sich gebärden konnte, wie es heute geschieht.

Als die Geburtsstunde des Sozialismus, die Revolution vom 9. November, kam, da schien es so, als ob das gegenseitige Verstehen, die gegenseitige Duldung und die Einheitlichkeit des Handelns im deutschen Proletariat festen Boden fassen sollte. So mancher alte Kämpfer für unsere Sache, den die Nachricht draußen oder daheim erreichte, atmete erleichtert auf. Mit tiefer Bewegung wurden die Worte ausgestoßen: „Endlich haben wir wieder die Einheit, jetzt werden wir es schaffen! Wir werden den Kampf gemeinsam führen gegen unsern gemeinsamen Todfeind — das Kapital!“ Doch der schöne Traum wurde recht bald durch diejenigen zerstört, die durch den verzerrten („tartarischen“, wie Karl Kautsky sagt) Sozialismus der Masse das Heil bringen wollten.

Wir haben doch immer der Masse gelehrt, daß der wissenschaftliche Sozialismus die Lehre der gesellschaftlichen Entwicklung sei. Sollen wir uns wieder auf den Boden der Utopisten stellen und die Lehren eines Karl Marx und Friedrich Engels, die diese auf Grund der Hegel-Kantschen Theorie aufstellten, als nicht bestehend ansehen? Das kann doch nicht sein; denn nur auf der Grundlage des historischen Materialismus kann der Masse sozialistisches Denken beigebracht werden; so haben wir unsere Kämpfer herangebildet. Wortradikalismus und Phrasen waren nicht die Mittel, die die deutsche Arbeiterschaft zu Erfolgen geführt haben, sondern die Erkenntnis, daß gegenüber der Macht des Kapitals die geeinigte Macht der wirtschaftlich Schwächeren, des Proletariats, gesetzt werden muß. — Dieser Gedanke kommt in den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter auch zum Ausdruck. Wir hatten am Jahresschluß 1918 1,6 Millionen Mitglieder in den deutschen Gewerkschaften; heute sind es über 8 Millionen. In dieser Zahl steckt eine gewaltige Kraft, wenn wir sie unsern Zwecken dienstbar machen, sie also in sozialistischem Sinne erziehen.

Unter den heutigen Verhältnissen ist es jedoch vielfach nicht möglich, die Aufklärungsarbeit so zu betreiben, wie wir es in früheren Jahren taten. Tagtäglich erlebt man es, daß neu in unsere Bewegung hereinkommende Elemente infolge der überaus trostlosen Wirtschaftslage, die wir als Folgeerscheinung des verlorenen Krieges haben, für sich Vorteile ziehen wollen. Indem sie sich recht radikal gebärden und Forderungen erheben, die unter den heutigen Verhältnissen niemand verwirklichen kann, gefährden sie durch ihr unverantwortliches Verhalten die Einheit der Arbeiterschaft. Karl Marx sagt jedoch: Die proletarische Bewegung ist die Bewegung der ungeheuren Mehrzahl, im Interesse der ungeheuren Mehrzahl. Wir müssen also den wirtschaftlich Starken, die zusammengefaßte Macht der wirtschaftlich Schwachen gegenüberstellen. So haben die deutschen Gewerkschaften immer gearbeitet; nicht an Augenblickserfolge haben sie sich gebunden, sondern durch einen lang andauernden Kampf den Unternehmern endlich die volle Gleichberechtigung der Arbeiter abgerungen. Neben den Gewerkschaften waren es die Genossenschaften, die den Profit des Privatunternehmers ausschalteten und so praktische Vorarbeit für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel leisteten.

Die Erfolge der organisierten Arbeiter werden aber in Frage gestellt, wenn es nicht gelingt, die politische Gewalt der herrschenden Klasse, des Kapitals, zu brechen. Dieser entscheidende Schlag kann nur geführt werden durch Schulung der Arbeiter und fortwährende Agitation gegen die uns feindselige Haltung der Bourgeoisie.

Nicht predigen sollen wir der Masse, sondern zum Denken, im sozialistischen Sinne erziehen. Da müssen wir den Mut haben, unter den schwierigsten Verhältnissen zu sagen, daß die Zusammenhänge des Wirtschaftslebens bestimmten unabänderlichen Gesetzen unterliegen. Es geht nicht an, in irgendeiner Geschichtsperiode nach freiem Willen beliebige soziale Zustände zu schaffen; auch kann man nicht nach ausgegrübelten Plänen die Gesellschaft umwälzen. Genau so, wie in der Natur jedes Geschehen mit gesetzmäßiger Notwendigkeit abläuft, sich also mit zwingender Gewalt aus der vorhergehenden Entwicklung ergibt, geht es im wirtschaftlichen Entwicklungsprozeß. — Nun wollen wir diesen Zustand erreichen, indem wir den einheitlichen Willen der Massen auf ein ganz bestimmtes Ziel richten, sie im Sinne des historischen Materialismus schulen und aufklären, bis sie vollendet gütig sein werden. Denn nicht im Wollen, der Selbstsucht und den Machttrieben einzelner liegt es, eine Umgestaltung der Verhältnisse herbeizuführen.

Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt, ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf Grund dieses Satzes lehrt die

Sozialdemokratie, daß die Nichtbesitzenden die Besitzenden bekämpfen und ihnen die Produktionsmittel nehmen sollen. Soll das mit Gewalt und sofort geschehen? Marx sagt darüber: Das Proletariat wird die politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie *nach und nach* alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, das heißt, des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktivkräfte möglichst rasch zu vermehren. Es ist also hier ganz klar ausgedrückt, daß erst die politische Macht erobert sein muß. Dazu heißt es in unsern Arbeiterliedern: Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir siegen — — — und weiter: Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, mit Flint und Speer nicht kämpfen wir — — —. Marx sagt aber hier ganz offen, wir werden der Bourgeoisie *nach und nach* alles Kapital entreißen. Sicher, um auszudrücken, daß der Wirtschaftsprozeß nicht durch willkürliche und übereilte Maßnahmen gefördert wird. Bestimmt denn nun aber das gesellschaftliche Sein bei uns in Deutschland das Bewußtsein der Menschen? Nein! Die Hauptruppen der Bourgeoisie, die Bauern, befinden sich doch noch fest in den Händen der alten Gewalten. Sind weiter die neugewonnenen 6,4 Millionen Gewerkschafter alle Kämpfer? Haben wir nicht noch anders Organisierte und Gelbe? Auf diese tatsächlichen Machtverhältnisse muß jeder, der an verantwortlicher Stelle in der Arbeiterbewegung steht, Rücksicht nehmen, und zwar im ureigensten Interesse der Masse. Es würde einen gewaltigen Rückschlag bedeuten, wenn heute unter Außerachtlassung dieser Tatsachen das deutsche arbeitende Volk in eine Neuordnung hineingeriete, die dem Volke *nichts Besseres* bringt.

Unsere verflossene Volksschule war nicht geeignet, die Massen zum Denken zu erziehen. Die Kräfte, die wir uns selbst herangebildet haben, sind durch unsere Erziehungsarbeit das geworden, was sie sind. In diesem Sinne sind die Gewerkschaften Kulturträger gewesen. Sie müssen es auch weiterhin bleiben und es muß hier einmal gesagt werden, daß nicht durch Verwirrung der Köpfe, nicht durch reine Gefühlspolitik, sondern eben in dem geschichtlich-historisch materialistischen Sinne auf die Arbeiter weiter eingewirkt werden muß. Es ist eine ungeheure Irreführung der Massen, wenn ihnen eine sofortige Durchführung des Sozialismus vorgegaukelt wird. Wir müssen uns an die Marxschen Worte halten: Die wirtschaftliche Entwicklung macht keine Sprünge. Neben unserer Erziehungsarbeit muß die Erziehung des Volkes durch eine gut ausgebaute Presse betrieben werden, nicht nur durch die Gewerkschaftspresse darf dies geschehen, nein, auch beziehungsweise der Tagespresse muß volle und ganze Arbeit im Interesse des Proletariats geleistet werden. Wie sieht es aber damit aus? Man veranstalte einmal eine Umfrage unter den Gewerkschaftern, wie viele Mitglieder Leser der Arbeiterpresse sind; da wird man erschrecken, wie groß die Zahl derjenigen ist, die mit Arbeitergroschen die Macht der bürgerlichen Presse und damit die Macht der Bourgeoisie stärken. Die ganze Verdummungsaktion der bürgerlichen Presse wird aber durch dieses Verhalten der Arbeiterschaft gestärkt. *Wir sind unüberwindlich*, wenn wir dem geschworenen Feind der Arbeiterklasse, dem Kapitalismus, gegenüber eine *einheitlich geschlossene Front* bilden.

Daher sind durch die Arbeiterschaft alle diejenigen Tageszeitungen zu unterstützen, die für dieses Ziel eintreten. Die bürgerliche Presse hat heute den Nutzen aus der Zerklüftung des Proletariats. Die Herrschaften reiben sich die Hände, denn sie kalkulieren ganz richtig, daß durch die Zerrissenheit der Arbeiterschaft der Sieg des Sozialismus nicht so bald erreicht wird. Bei vielen Frauen unserer Kollegen wird hier wichtige Arbeit zu leisten sein, selbst wenn das Lebensbedürfnis mancher Frauen nicht befriedigt wird, so muß dieses Opfer im Interesse unserer Kinder gebracht werden, denn darüber sind wir uns wohl klar, daß noch wichtige Einzelkämpfe für den Sozialismus geleistet werden müssen. Diese Etappen müssen wir zurücklegen, mancher Kämpfer wird noch dabei am Wege liegen bleiben, unsere Losung muß jedoch lauten: Vorwärts auf der Bahn zu den großen und edlen Zielen des Sozialismus.

Wir machen ferner die Wahrnehmung, daß unsere jungen Kollegen infolge der zerfahrenen Verhältnisse sich nur sehr vereinzelt an der Gewerkschaftsarbeit beteiligen. Auch in dieser Beziehung muß angefaßt werden. Soll die Zukunft des kommenden Geschlechtes besser gestaltet werden, so muß unter unserm Nachwuchs für Mitkämpfer gesorgt werden. Unsere Bibliotheken können hier viel Gutes mit schaffen. Es kann ruhig noch einmal gesagt werden, daß wir der Masse *Denken* beibringen müssen. Das erzielen wir durch eine *gut ausgebaute Partei- und Gewerkschaftspresse, nicht* durch die bürgerliche Presse. Auf Grund der bisherigen geschichtlichen Entwicklung sagen wir: So gewiß der Kapitalismus dem Feudalismus folgte, so gewiß wird der Sozialismus den Kapitalismus ablösen. Das ist unser Zukunftsglaube, unser Ideal. Sorgen wir, daß die sozialistische Gesellschaft, die kommen muß, ein starkes und freies Geschlecht findet. Dazu bedürfen wir aber der Einheitlichkeit des Willens und der Aktion. Haben wir das erreicht, so sind wir gegen alle Angriffe gewappnet, dann können wir sagen:

Fest wie ein Felsen im wogenden Meer
Steht dann der Arbeit gewaltiges Heer!

Adolf Jetzschmann, Dresden.

Lohnbewegungen.

Siegen. Am 24. Juni sind hier die Kollegen in einen allgemeinen Ausstand eingetreten, weil die Arbeitgeber eine Verhandlung ablehnten. Die Arbeitgeber gehörten dem Westdeutschen Malermeisterverband an, weigerten sich aber, die dort festgesetzten Löhne zu zahlen und traten aus dem Verband aus.

Lackierer.

Mainz. In der hiesigen Metallindustrie traten die Metallarbeiter in mehreren Großbetrieben in den Ausstand, wodurch auch unsere Lackiererkollegen in Mitleidenschaft gezogen werden. In der Maschinenfabrik M. A. N. *Gustavsburg* sind 65 Lackierer, in der Waggonfabrik *Gebrüder Gastel, Mombach*, 65 Lackierer, in der Gasmesserfabrik 8 Lackierer, in andern Betrieben bis jetzt 2 Lackierer, insgesamt 140 Lackierer am Ausstand beteiligt. Die Arbeiter beharren auf Anerkennung des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses, den die Unternehmer brüsk ablehnten. *Zuzug ist fernzuhalten.*

Aus unserm Beruf.

Coblenz. Am 14. Juni fand eine Mitgliederversammlung der Filiale statt, in der Bezirksleiter Kollege Zimmermann einen Vortrag über die örtliche und allgemeine berufliche Lage hielt. Er führte aus, daß anscheinend das Wirtschaftsleben an einem Wendepunkt angelangt sei. Die Vorboten einer Wirtschaftskrisis machten sich bereits bemerkbar, in verschiedenen Industriezweigen seien bereits Arbeiterentlassungen erfolgt. Im Malergewerbe sei die Geschäftslage im allgemeinen noch günstig zu beurteilen. Trotzdem eine Senkung der Preise für die Kosten der Lebenshaltung noch nicht eingetreten sei, redeten die Arbeitgeber bereits dem Abbau der Löhne das Wort. Davon könne jedoch noch keine Rede sein: denn die Voraussetzung hierfür sei die deutlich fühlbare Tatsache, daß die allgemeinen Kosten der Lebenshaltung gesunken seien. Die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung, die keineswegs Schritt gehalten habe mit der Teuerung, müsse sich vor allem einmal etwas festigen. Die Arbeiterschaft werde daher dem vorzeitigen Versuch des Lohnabbaues den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Seit der letzten Lohnerhöhung in unserm Berufe, Anfang und Mitte Mai, sei noch eine weitere Erhöhung der Lebenshaltungskosten eingetreten, die noch eine entsprechende Lohnerhöhung rechtfertigen würde. Da aber zurzeit die Verhältnisse noch recht unklar liegen, müßte vorerst eine abwartende Haltung eingenommen werden. Auch die Beurteilung der beruflichen Verhältnisse in Coblenz führe noch zu keiner klaren Situation. Auf jeden Fall sei die Bereitschaft der Verbandskollegen geboten. Die *Coblenzer* Kollegen haben bei dem Aufbau der Löhne stets ihren geschlossenen Willen bekundet und dieser Einfluß müsse auch in Zukunft in vollem Maße in Erscheinung treten. Der innere Ausbau der Organisation sei dringend geboten. Die Betriebsräte und Betriebsobleute müßten Hand in Hand mit der örtlichen Organisation arbeiten. Nachdem die „Interalliierte Kommission" der Einführung des Betriebsrätegesetzes für das besetzte Gebiet zugestimmt habe, müsse die Durchführung in lückenloser Form erfolgen. In der Diskussion wurde es allseitig begrüßt, daß wieder einmal ein interessanter Vortrag geboten worden sei. Die örtlichen Angelegenheiten, über die bezüglich des Tarifs und des letzten Lohnabkommens teilweise noch Unklarheit herrschte, wurden eingehend erörtert und der Wunsch ausgesprochen, daß die Kollegen bald in den Besitz des Tarifs kommen. Auch die Lehrlingsfrage wurde gestreift und bedauert, daß die Malerinnung gemäß ihrem Versprechen bei den letzten Verhandlungen am 4. Mai noch keine weitere Mitteilung über die Vergütung der Lehrlinge an die Filiale gemacht habe. Die Angelegenheit soll in der nächsten Sitzung mit den Vertretern der Innung wieder zur Sprache gebracht werden. In der Lohnfrage soll zunächst das Ergebnis der zentralen Verhandlungen abgewartet werden. Nach einem anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden, Kollegen *Heinrich Müller*, fand die von bester Stimmung getragene Versammlung ihr Ende.

Münster. Laut Beschluß vom 17. März findet in jedem Vierteljahr eine Pflichtversammlung statt, wozu sämtliche Mitglieder erscheinen müssen. Es werden allen Kollegen durch die Hauskassierer Karten übermittelt, die in der Versammlung wieder abzugeben sind, zwecks Kontrolle. Nichterscheinen oder Fehlen ohne Entschuldigung zieht die beschlossene Strafe von 3 M. nach sich, die durch die Hauskassierer eingeholt wird. Alle Kollegen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Die erste Pflichtversammlung findet am Dienstag, 6. Juli, im Vereinslokal Unkel statt.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Betriebsräte! Von extrem politischer Seite wird fortgesetzt versucht, die Organisation der Betriebsräte den Gewerkschaften zu entziehen und auf syndikalistische oder kommunistische Aktionsprogramme festzulegen. Zu diesem Zwecke werden Zentralstellen oder provisorische Rätezentralen errichtet und die Betriebsräte auf den Verkehr mit denselben hingewiesen. Auch auf einer in Halle a. d. S. abgehaltenen Versammlung von Betriebsräten extremster Richtung wurde eine solche provisorische Reichszentrale in Berlin empfohlen. Der Zweck dieser provisorischen Reichszentrale ist kein anderer, als die Betriebsräte nach politischen Meinungsverschiedenheiten auseinander zu organisieren und anstatt der einheitlichen Arbeiterinteressenvertretung gegenüber dem Unternehmertum *den Kampf von Arbeiter gegen Arbeiter* zu pflegen. Durch solche Selbstzerfleischung aber würden die Betriebsräte niemals ein machtvolles Werkzeug zur Demokratisierung unserer Volkswirtschaft werden, sondern sie würden sich jedes Einflusses in den Betrieben und jedes Respekts der Unternehmer berauben. Die einheitliche Zusammenfassung aller Betriebsräte allein gewährleistet, daß sie sich als gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsleben durchsetzen. Diese einheitliche Organisation ist nur auf gewerkschaftlichem Boden und im Zusammenwirken mit den Gewerkschaften möglich.

Wir richten an alle Betriebsräte im Reiche das dringende Ersuchen, sich nicht von der Propaganda irgendwelcher unberufenen Rätezentralen einfangen zu lassen, sondern sich einzig und allein an die *Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale, Berlin SO 16, Engelufer 15, 4. Et.*, zu wenden, die jedem die gewünschte Auskunft erteilt.

Betriebsräte und Gewerkschaften. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beschloß, am 5. Juli dieses Jahres eine Reichskonferenz von Vertretern der Agitationskommission nach Berlin zu berufen zwecks Stellungnahme zur gewerkschaftlichen Zusammenfassung der Betriebsräte. In dieser Reichskonferenz soll auch über die Abhaltung von Bezirkskonferenzen in allen Agitationsbezirken und über die Einberufung eines gewerkschaftlichen Betriebsrätekongresses sowie über weitere erforderliche Maßnahmen entschieden werden.

Ein vorbehaltloses Bekenntnis zum Sozialismus hat der *Bund der technischen Angestellten und Beamten* auf seinem ersten ordentlichen *Bundestage*, der vom 13. bis 16. Juni in Berlin stattfand, ausgesprochen. Damit ist eine Entwicklung zum Abschluß gekommen, die bereits in der Friedenszeit vorbereitet war und durch die Klärung in der Angestelltenbewegung während des Krieges, und namentlich seit Ausbruch der Revolution, wesentlich beschleunigt worden ist. In einer programmatischen Erklärung heißt es: Der wirtschaftliche Befreiungskampf aller Kopf- und Handarbeiter läßt es dringend geboten erscheinen, die auf dem Boden des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit stehenden Arbeiter, Angestellten und Beamten zu enger ständiger Gemeinschaftsarbeit zu vereinigen. Der Bundestag begrüßt deshalb das in dem Kampf vom März 1920 erprobte Bündnis zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. Er beauftragt den Vorstand, die zur Schaffung einer festgefügten Rahmenorganisation der freigewerkschaftlichen Angestellten- und Arbeiterbewegung erforderlichen Maßnahmen unter Aufrechterhaltung der organisatorischen Selbständigkeit der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände zu treffen. Die Eingliederung der Beamtenbewegung in die einheitlich gerichtete Angestelltenbewegung soll angestrebt werden. Zur Steigerung der gewerkschaftlichen Aktionskraft innerhalb der einzelnen Industrie- und Gewerbezweige und zur zweckmäßigen organisatorischen Zusammenfassung der Betriebs- und Angestelltenräte soll der einheitliche Aufbau der Industrie-(Fach-)gruppen in der freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung beschleunigt durchgeführt werden. Die Sonderorganisationen der Betriebsräte außerhalb der Gewerkschaftsbewegung wurde abgelehnt. Die freien Gewerkschaften sollen sich nicht auf eine engherzige, beruflich abgegrenzte Interessenvertretung ihrer Mitgliedschaften beschränken, sondern zum Brennpunkte des sozialen Befreiungskampfes der gesamten aufstrebenden Arbeitnehmerschaft werden, *um die verfassungsmäßige Umbildung der heutigen rein privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung in eine von dem Grundsatz der Bedarfsdeckung getragene vergesellschaftete Wirtschaft herbeizuführen.* Dementsprechend billigte der Bundestag die Maßnahmen, die der Bundesvorstand anläßlich der durch den Kapp-Putsch erzwungenen *Generalstreikaktion* getroffen hatte und beauftragte den neuen Vorstand, den Kampf um die Durchführung der vereinbarten 8 Punkte mit unverminderter Kraft fortzuführen. Aus der Erwägung heraus, daß die Befreiung der Angestellten ein Werk ist, an dem die Berufsgenossen wie die gesamten Arbeitnehmer aller Kulturstaaten gleichmäßig beteiligt sind, sprach sich der Bundestag für die Fortführung der bestehenden und die Schaffung weiterer internationaler Kartellbeziehungen aus. Bezüglich der Maifeier wurde die Teilnahme an Maidemonstrationen, die von der Afa gemeinsam mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund auf Grund von Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftsbundes veranstaltet werden, als geboten bezeichnet. Zur Zentralarbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde eine Entschließung angenommen, in der der neue Vorstand beauftragt wird, zu gegebener Zeit in Gemeinschaft mit andern Verbänden der Afa und des A. D. G. erneut nachzuprüfen, ob eine weitere Aufrechterhaltung der Zentralarbeitsgemeinschaft zweckmäßig ist. Die Technische Nothilfe wurde grundsätzlich abgelehnt, weil sie eine Einrichtung ist, deren Zweck darin besteht, das Streikrecht einzelner oder aller Arbeitnehmergruppen unwirksam zu machen. Die Angestellten- und Arbeitergewerkschaften müßten unbedingt beanspruchen, auch in Zukunft über die bei Arbeitskämpfen erforderlichen Leistungen von Notstandsarbeiten selbst zu entscheiden. Der Bundestag sprach deshalb die Erwartung aus, daß die Bundesmitglieder, die etwa noch der Technischen Nothilfe angehören, sofort aus ihr austreten. Der Bundestag beschäftigte sich dann noch mit der Aufstellung der nächsten allgemeinen Forderungen, die an die Gesetzgebung zu stellen sind, stimmte der Gründung des Verbandes sozialer Baubetriebe zu und legte Richtlinien für die Boden- und Wohnungspolitik fest. Die provisorische Satzung, die Ende Mai vorigen Jahres auf der vereinigten Tagung des Bundes der technisch-industriellen Beamten und des Deutschen Techniker-verbandes angenommen worden war, wurde durch eine endgültige, mehrfach verbesserte ersetzt und dann noch eine beträchtliche Beitragserhöhung vorgenommen. Danach tritt an die Stelle des bisherigen einheitlichen Beitrages ein nach dem Einkommen abgestufter Monatsbeitrag. Infolgedessen wurden auch die Sätze für Stellenlosen-, Gemaßregeltenunterstützung usw. entsprechend erhöht. Die Beschlüsse des ersten ordentlichen Bundestages der technischen Angestellten und Beamten werden jedenfalls in den Reihen der freigewerkschaftlichen Arbeiter einen lebhaften Widerhall finden, da sie zeigen, daß nunmehr eine einheitliche Front aller Hand- und Kopfarbeiter besteht. Diese Beschlüsse werden aber zweifellos auch die weitere Scheidung der Geister in der Angestelltenbewegung selbst stark beeinflussen. Es ist daher nicht zuviel gesagt, wenn man behauptet, daß dieser Bundestag einen entscheidenden Wendepunkt in der deutschen Arbeitnehmerbewegung bedeutet.

Die siebte Generalversammlung des christlichen Malerverbandes wurde in Essen a. d. R. abgehalten. Zum Vorstandsbericht gelangte nach eingehender Diskussion nachstehende Resolution zur Annahme: „Die 7. Verbandsgeneralversammlung nimmt Kenntnis von der Tätigkeit des Verbandes in der Berichtszeit und erkennt gerne an, daß alles getan worden ist, um die Lage der Arbeiterschaft des Maler und Lackierergewerbes erträglich zu gestalten. Auch die Bemühungen zur Hebung des Gesamtgewerbes finden ihren vollen Beifall. Die Generalversammlung erwartet, daß auch künftighin alles daran gesetzt wird, den Berufsangehörigen eine Entlohnung zu sichern, die zum Lebensunterhalt ausreicht. Sie stellt fest, daß auch die gegenwärtigen Lohnverhältnisse im Beruf dazu nicht genügen. Auch die sonstigen Arbeitsverhältnisse im Berufe bedürfen weiterer Verbesserung; vor allem bedarf die bei den Tarifberatungen zurückgestellte Frage des Erholungsurlaubs einer baldigen Regelung.

Die Generalversammlung fordert Festhalten an dem seit jeher eingenommenen Standpunkte einer Gewerbesolidarität aller Berufsangehörigen und nimmt gerne Kenntnis davon, daß die Organisationen des Gewerbes in der Not der Zeit sich allgemein in diesem Sinne betätigt haben. Nachwuchsfrage, Beschaffung von Materialien, Arbeitsbeschaffung und

richtige Verteilung, Hebung des kunstgewerblichen Charakters des Gewerbes sind Aufgabengebiete, auf denen nach wie vor Gemeinschaftsarbeit aller Berufsangehörigen dringend notwendig ist. Sie würde es begrüßen, wenn diese Bestrebungen durch eine feste Zusammenfassung der Verbände des Gewerbes zu einer Arbeitsgemeinschaft noch mehr gefördert würden.

Gegenüber den Angriffen gegen den Achtstundentag stellt die Verbandsgeneralversammlung fest, daß der Achtstundentag im Malergewerbe eine gewerbepolitische Notwendigkeit zur Beseitigung des früheren Saisoncharakters des Gewerbes ist und fordert die Verbandsleitung auf, in diesem Sinne aufklärend zu wirken."

Die vorgenommenen Aenderungen der Satzungen sind einstimmig gefaßt worden. Die Sätze der Unterstützungseinrichtungen wurden antragsgemäß erhöht, die Beiträge in den vier Klassen für die Hauptkasse auf 2, 2,50, 3 und 3,50 M. und für die Ortskasse in jeder Klasse auf 50 ₰ festgesetzt. Die bisherigen Vorstandsmitglieder wurden wiedergewählt.

Zur Lage im Fleischergewerbe. Seit Monaten herrscht im Fleischergewerbe große Arbeitslosigkeit. Der nicht nur stark verminderte, sondern auch verschlechterte Viehstapel wird durch die ins Unermeßliche gehenden Schwarzschlachtungen noch weiter herabgedrückt. Zur großen Schar der bereits arbeitslos Gewesenden gesellte sich die große Zahl der aus dem Kriegsdienst und der Gefangenschaft Entlassenen sowie die Ausgelernten. Die Lehrlingszüchterei steht im Fleischergewerbe in vollster Blüte, obwohl die Ausbildung der Lehrlinge noch mehr als mangelhaft ist.

Obwohl die Berufsverhältnisse schon im Jahre 1919 recht ungünstig lagen, wurden doch in 258 Fällen in 96 Orten und 3416 Betrieben mit 29 346 Beschäftigten Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung durchgeführt. Angriffsstreiks wurden nur 4 in 7 Betrieben mit 819 Beschäftigten geführt. Alle Bewegungen endeten erfolgreich; beteiligt waren 28 890 Beschäftigte. In 183 Fällen wurden Tarifverträge abgeschlossen für 23 818 Beschäftigte. Die Arbeitszeitverkürzung betrug bis zu 32 Stunden in der Woche, Beweis genug, wie wenig sich die Arbeitgeber nach der gesetzlichen Arbeitszeit richten. Die höchste Lohnerhöhung betrug 84 M. die Woche. Nicht selten konnte der Lohn um 100% erhöht werden und doch sind die Löhne noch weit hinter denen anderer Arbeiter zurück. Der Durchschnittswochenlohn gelernter Fleischer betrug 1919 nicht über 100 M., jetzt nicht über 150 M. Kost und Logis wird nur noch selten gewährt, zumal da in Kleinbetrieben Gesellen gar nicht mehr beschäftigt werden. Die Mitgliederzahl des Zentralverbandes der Fleischer beträgt rund 24 000. Eine Gefährdung des Verbandes besteht darin, daß auf den nicht unerheblichen Teil Mitglieder, die in andern Berufen Beschäftigung gefunden haben, ein Druck zum Uebertritt in andere Verbände ausgeübt wird. Das Steigen der Valuta gibt auch den Fleischergesellen die Hoffnung, daß durch Einfuhr id andern Rohstoffen bald wieder wird.

[illegible]schaftliches.

[illegible] Sozialismus! Nur durch starke [illegible]mmen wir aus dem Elend. Als [illegible]uger- und Verbraucher[illegible]nen, die durch ihre Organisation [illegible]nverteilung regeln, unter Ausschaltung aller verteuernden Zwischenstellen. Das ist eine unerläßliche Vorbedingung der Verwirklichung des Sozialismus. Sozialismus im wahren Sinne des Wortes kann keine Regierung, welcher Art sie auch sei, dem Volk auf dem Präsentierteller bringen, er muß errungen werden, und das kostet weiter nichts, als folgerichtiges Handeln. Hier liegt aber der Haken. Viele fühlen sich berufen, aber nur wenige sind ausersehen, dem Sozialismus in des Wortes schönster Bedeutung zum Siege zu verhelfen. Viele schreien täglich mit mehr oder weniger kräftigen Worten nach mehr Sozialismus, leisten aber praktisch dafür gar nichts. Andere begnügen sich damit, hin und wieder einen sozialistischen Stimmzettel abzugeben und warten dann auf die gebratenen Tauben. Wenn die natürlich nicht kommen, dann sind sie verstimmt.

Wir wollen nur auf die riesigen Erfolge der deutschen Konsumgenossenschaften und ihrer Zentralen innerhalb der letzten 25 Jahre hinweisen, Erfolge, wie sie bei Beginn der modernen Genossenschaftsbewegung von dem kleinen Häuflein Gründer allerorts sicher nicht erwartet wurden. Nicht mit großen Kapitalien haben die Arbeiter ihr ideales Werk begonnen, nein, sie haben lediglich ihre Waren, in der Hauptsache zunächst nur Lebensmittel, gemeinsam durch ihren Konsumverein eingekauft. Der Gewinn floß nicht mehr in die Taschen von zahllosen Kleinhändlern oder in die Kassen von großkapitalistisch betriebenen Handelsgeschäften, sondern verblieb den organisierten Konsumenten, die am Schlusse des Geschäftsjahrs einen Teil der Erübrigung zurückerhielten, zur Anschaffung von Kohlen, Kartoffeln usw. Der andere Teil wurde benutzt zur Stärkung der Reserven zwecks Erweiterung der Betriebe, die anfangs fast alle ganz primitiv aufgezogen waren. Heute, nach verhältnismäßig kurzer Zeit, haben wir in vielen kleineren Orten gut fundierte Genossenschaften, in fast allen mittleren und großen Städten Deutschlands große, auf das schönste eingerichtete Konsumvereine mit zahlreichen Warenverteilungsstellen. Viele haben bereits große, in hygienischer Beziehung ideal eingerichtete Bäckereien, einige auch schon Fleischereien. Viele Hunderte von Millionen Mark Umsatz erzielten diese Genossenschaften schon vor dem Kriege. Durch Zusammenschluß dieser Konsumvereine in Zentralorganisationen, im Zentralverbande deutscher Konsumvereine und in der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., war es ferner möglich, zahlreiche, ebenfalls auf das modernste eingerichtete Fabriken zu schaffen.

Diese gewaltigen und schönen Fabrikanlagen für Papierwaren, Tüten und Beutel, für die Herstellung von Seifenprodukten, Teigwaren, Zigarren, Zigaretten, Kisten, die stattlichen Lagerhäuser für Manufakturwaren, für Lebensmittel, für Gewürze, veranschaulichen besser als Worte die gewaltige Macht, die das Volk besitzt, wenn es seine Macht nur praktisch ausnutzen wollte. Denn gemessen an der großen Zahl derer, die den Sozialismus wünschen, war es doch nur eine verhältnismäßig kleine Schar, die die vorhandenen Millionenwerte und Millionenwerte geschaffen hat.

Hätten alle diejenigen, die bisher nur in der Theorie Sozialismus betrieben, auch etwas mehr Praxis geübt, so wären nicht Hunderte von Millionen, sondern viele Milliarden durch die Organisation der Verbraucher umgesetzt worden. Es wären beim Ausbruch des Krieges nicht kaum ein Dutzend genossenschaftliche Fabrikbetriebe, sondern viele Dutzende und mannigfache Produktionszweige umfassende Fabrikbetriebe in den Händen der genossenschaftlich organisierten Verbraucher gewesen. Die Kriegsgewinne und Revolutionsgewinne aus diesen Betrieben hätten nicht die Kapitalisten eingesteckt, sondern, soweit Ueberschüsse in genossenschaftlichen Betrieben gemacht werden, hätten diese wiederum zur Erwerbung neuer Produktivbetriebe und zur Aufnahme neuer Fabrikationszweige und zur Beschäftigung weiterer vieler tausend Arbeiter und Angestellten in ihren eigenen Betrieben dienen können.

Mancher Kapitalist wäre kaltgestellt durch diesen unwiderstehlichen wirtschaftlichen Kampf, der zweifellos zum Sozialismus führt.

Verschiedenes.

Der Plan einer Arbeiterakademie. Die Universität Frankfurt a. M. will eine neue Akademie für Arbeiter und Angestellte schaffen. Die Durchführung dieses Planes soll der Stadt Frankfurt die Unterstützung ihrer Universität erleichtern und soll gleichzeitig eine rationellere Ausnutzung der in der Universität verkörperten Lehrmittel und der zu ihr gehörenden Lehrkräfte sichern.

Den Vätern des Gedankens der Arbeiter- und Angestelltenakademie schwebt aber nicht nur die Unterstützung der notleidenden Universität vor, sondern sie verfolgen mit ihrem Plane ein wichtiges kulturelles Ziel. Die Demokratisierung der Verwaltung und der Wirtschaft ruft in steigendem Maße Kräfte aus der Arbeiterschaft und aus den Kreisen der Angestellten auf verantwortungsvolle Posten, vom Betriebsrat angefangen bis herauf zum Ministersitz. Die große Zahl der neuen aufsteigenden Kräfte entbehrt auch bei ausgezeichneten persönlichen Qualitäten meistens der geistigen Schulung, die notwendig ist, um Führerposten erfolgreich und verantwortungsvoll zu bekleiden. Deshalb soll durch eine besondere Akademie ständig einer Auslese von Arbeitern und Angestellten die Gelegenheit zur Erwerbung der wissenschaftlichen Grundlagen für die Bekleidung öffentlicher Aemter gegeben werden. Es soll unter den Funktionären der Arbeiter und Angestellten eine neue, heute noch fehlende Geistigkeit herangebildet werden.

Zu diesem Zweck, lesen wir in der „Vossischen Zeitung", denkt man daran, in Frankfurt unter Anlehnung an die Universität eine sich selbst verwaltende Arbeiterakademie zu errichten. Die Verwaltung soll aus Vertretern der Regierung der Stadt, der maßgebenden Arbeiter- und Angestelltenorganisationen (ohne Unterschied der Partei) und der Universität gebildet werden. Die Arbeiterakademie soll zugeschnitten sein auf ein Studium von 2 Jahren. Sie soll den Studierenden die Grundlagen der Sozial- und Rechtswissenschaft, der Philosophie und der Kunstwissenschaft vermitteln. Es ist daran gedacht, etwa 1000 Stellen für Studierende zu schaffen. Das Wesentliche ist nun, daß diese Studierenden nicht nur freies Studium, sondern Lebensunterhalt für sich und ihre Familie während der Studienjahre erhalten müssen. Man denkt dabei daran, daß etwa 12 000 M. jährlich für jeden Studierenden zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Auswahl der Studierenden hat nach den Vorschlägen aller Arbeiterorganisationen zu erfolgen. Innerhalb der von den Arbeiterorganisationen aus den Kreisen ihrer berufstätigen Kollegen vorgeschlagenen Studierenden soll es aber dem Lehrkörper möglich sein, für das Studium noch nicht geeignete Personen nach kurzer Prüfungszeit zurückzuweisen. Es sollen insbesondere nur Arbeiter und Angestellte zum Studium kommen, die an den bestehenden Volksbildungseinrichtungen sich bereits ein gewisses Maß von Vorkenntnissen angeeignet haben.

Die Arbeiterakademie soll selbständiges Berufungsrecht der für ihren Zweck geeigneten Dozenten haben. Sie wird dabei insbesondere für die geeigneten Persönlichkeiten des Lehrkörpers der Frankfurter Universität eine breitere Betätigungsbasis und damit auch eine finanzielle Erleichterung zu schaffen haben; sie wird sich aber auch die Berufung anderer Lehrkräfte vorbehalten müssen. Alle Räume und Lehrmittel der Universität Frankfurt sollen der neuen Akademie zur Verfügung stehen und dadurch eine intensivere Ausnutzung finden.

Die Lösung der Finanzfrage — man schätzt den jährlichen Bedarf für den Unterhalt der Schüler und für die Besoldung der Lehrkräfte auf etwa 14 Millionen Mark — ist in der Weise gedacht, daß die Mittel durch eine Umlage bei allen Arbeiterorganisationen, die ein brennendes Interesse an der Ausbildung geistig fähiger Funktionäre haben, aufgebracht werden sollen. Da die Akademie in modernem sozialen Geiste, aber frei von einseitigem parteipolitischen Einfluß aufgebaut werden soll, glaubt man, daß es möglich sein wird, so breite Organisationskreise heranzuziehen, daß die 14 Millionen Mark durch eine Umlage von einer Mark auf den Kopf der Organisierten aufzubringen sein werden. Es ist zu hoffen, daß die an der neuen Bildungsform interessierten Schichten die Bereitschaft zeigen werden, dies verhältnismäßig kleine Opfer zu bringen.

Die Vorarbeiten, die in kleinerem Kreise in Frankfurt a. M. für das Projekt der Arbeiterakademie geleistet worden sind, werden ihren Niederschlag finden in einer Denkschrift, die demnächst zur Veröffentlichung gelangen wird.

Literarisches.

Protokoll über die Verhandlungen des gemeinschaftlichen Verbandstages der Verbände der Sattler, Portefeuiller und Tapezierer in Halle vom 31. März bis 2. April 1920. Preis für Mitglieder 1 M., gebunden 6 M. Verlag: Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillerverband, Berlin SO 16, Brückenstr. 10 b.

Jahresbericht des Arbeiterrats Groß-Hamburg, Geschäftsjahr 1919/1920. Selbstverlag des Arbeiterrats Groß-Hamburg, Große Theaterstr. 44. Der übersichtlich geordnete, mit großem Fleiß bearbeitete Bericht gibt einen guten Ueberblick über die Tätigkeit des Arbeiterrats, und läßt erkennen, welche Fülle wertvoller Arbeit zum Segen der Gesamtbevölkerung Hamburgs durch diese Institution geleistet wurde.

Vereinsteil.

Duplikate wurden ausgestellt für die Kollegen:

Name	Buch-Nr.	Bezahlt bis mit		Ort
Bemmann, Emil	49 060	10.	Woche 1920	Leipzig.
Bruns, Heiko	69 415	14.	„ 1920	Emden.
Döhler, Richard	57 004	16.	„ 1920	Düsseldorf.
Franke, Willi	63 687	12.	„ 1920	Rowawek.
Friecke, Reinhard	58 138	12.	„ 1920	Bremen.
Fritzsche, Franklin	69 355	50.	„ 1919	Leipzig.
Herzog, Theodor	46 877	12.	„ 1920	„
Hilgers, Jakob	60 268	23.	„ 1920	Cöln.
Holthusen, Ernst	40 940	6.	„ 1920	Bremerhav.
Jürgens, Hermann	64 394	9.	„ 1920	Bremen.
Konrad, Valentin	57 926	5.	„ 1920	Mannheim.
Krüger, Gustav	54 065	7.	„ 1920	Leipzig.
Lausch, Karl	57 780	11.	„ 1920	Hamburg.
Modderkolk, Wilhelm	52 893	48.	„ 1919	Cöln.
Müller, Pius	69 254	24.	„ 1920	Zittau.
Reinhardt, Karl	68 115	14.	„ 1920	Leipzig.
Roloff, Hans	61 165	19.	„ 1920	Berlin.
Schneider, Josef	55 050	18.	„ 1920	Hamburg.
Seifert, Rudolf	64 196	10.	„ 1920	Leipzig.
Simon, Albert	66 528	10.	„ 1920	„
Staender, Moritz	65 264	52.	„ 1919	Bremen.
Stein, August	71 480	21.	„ 1920	Halle a. d. S.
Steinmann, Adam	64 208	4.	„ 1920	Leipzig.
Steuer, Karl	71 096	16.	„ 1920	München.
Thies, Paul	61 816	16.	„ 1920	Hamburg.
Uhlig, Oskar	66 589	9.	„ 1920	Leipzig.
Vanheide, Jos.	75 965	19.	„ 1920	Cöln.

J. Heirich, Kassierer.

Sterbetafel.

Dresden. (Zahlstelle Kötzschenbroda.) Am 15. Juni starb nach langer Krankheit unser langjähriges treues Mitglied Karl Reimann im Alter von 48 Jahren. — (Zahlstelle Sohland.) Am 28. Mai starb nach langem Leiden unser treuer Kollege Paul Müller im Alter von 39 Jahren.

Mainz. Am 28. Juni starb nach längerem Leiden unser Mitglied, der Tüncher Johann Wahl in Weisenau im Alter von 59 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Die Woche vom 4. bis 10. Juli 1920 ist die 27. Beitragswoche.

Anzeigen

Malergehilfe, nicht unter 20 Jahren, für dauernde Stellung sofort gesucht. Er muß flott in Leimfarbe, besseren Oel- und Lackarbeiten sowie auch im Tapezieren sein. Angebote mit Lohnforderung erbeten an Adam Berfuß, Malermeister, Kirn a. d. N.

Staubbindendes Fußbodenöl 8,80 Mark für 1 kg. **Paul S. Klapper,** Hamburg 8, Doventwiete. Amter 4443.

Firnis, Lacke, Leim, Schellack kauft jeden Posten Handlung chemischer Produkte, Berlin O 34, Wilhelm-Stolte-Straße 38, Königstadt 7917.

Wilhelm Walter Oele, Lacke, Leime Billigste Bezugsquelle für Maler und Lackierer. Hamburg, Bartelsstraße 78. Geschäftszeit von 8 bis 4 Uhr.

Streichbürsten Pinsel aller Art in Friedensqualität zu billigen Preisen liefert H. W. Witte, Berlin NO 55, Hufelandstr. 46.

Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der **Volksfürsorge** Gewerkschaftl.-Genossenschaftl. Versicherungs-Aktiengesellschaft Hamburg 5.

Was mancher nicht weiß, daß im August d. J. **für Kriegsbeschädigte** Schotte seit 1906 glänzend bewährte 1-Monats-Spezialkurse in den Abteilg. A (Holz-), B (Marmor-), C (Bronze- und Intarsien-Imitationen usw.) sowie in den Sonderabteilungen I u. II (Malertalent- und Geschäftskunde) zu besonders günstigen Schulgeldsätzen beginnen, daß am Schlusse des Kursus auf Wunsch der Teilnehmer Meisterprüfungen unentgeltlich stattfinden, daß im vorigen Jahre alle Prüflinge glänzend bestanden und daß der Kursusleiter allen Reflektanten zwecks Geldbeihilfen wieder mit Rat und Tat zur Seite steht. Nähere Auskunft und Prospekt durch das **Mecklenburgische Maler-Technikum, Schwerin i. M. 5.**

Geld verdienen ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann, ob Beschäftigungsloser, ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich sofort meine Buchstabenpausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplakatmalereien sowie auch zur Herstellung von Plakatmalereien aller Art zusenden läßt. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jedermann sofort die saubersten Glas- und Plakatmalereien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplakatmalereien, die etwas ganz Neues und wirklich Vornehmes sind. Ganze Serie Buchstabenpausen, bestehend aus 14 Doppelalphabeten (jedes Alphabet 26 große und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 5 verschiedenen Höhen von 1½ bis 5 cm) sowie Zahlen, Zeichen und Verzierungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigem Kristallschild im Werte von allein 5,50 M., einem Bogen Goldfolien und einem Bogen Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serien nur 17 M. gegen Nachnahme, oder gegen Einsendung von 18 M. Frankozusendung. Alois Hutmacher, Maler, Hilden i. Rheinland.

Nr. 25 des „Correspondenzblatt" liegt heute bei.

Für die Redaktion verantwortlich: M. Mark. Verlag: J. Heirich. Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co in Hamburg.